

Tarifverhandlungen im öffentlichen Personennahverkehr Brandenburg: KAV trotz schwieriger Lage zu zügigen und wertschätzenden Verhandlungen bereit

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft beschwört ohne Anlass noch vor der Aufnahme von Tarifverhandlungen den Konflikt und droht völlig unnötig mit Streiks.

Potsdam. Für den 1. Juli 2020 hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) über die Presse angekündigt, im Rahmen einer Demonstration dem Kommunalen Arbeitgeberverband Brandenburg (KAV) Forderungen zur diesjährigen Verhandlungsrunde für die Brandenburger Nahverkehrsunternehmen zu übergeben. Zugleich stellt ver.di „harte Verhandlungen“ und Streiks in Aussicht. Dieses Verfahren ist völlig unüblich. Normalerweise werden im Zusammenhang mit der Kündigung von Tarifverträgen ganz unspektakulär schriftlich Forderungen übermittelt und zwischen den Büros Verhandlungstermine vereinbart.

„Ver.di hat die Tarifverträge für die Beschäftigten und Auszubildenden im ÖPNV bereits Ende März gekündigt und hat bisher keine Forderungen für Verhandlungen erhoben. Auch unsere Einladung zur Aufnahme von Tarifverhandlungen schon in der nächsten Woche wurde unter Hinweis auf die noch nicht abgeschlossene interne Meinungsbildung von ver.di abgelehnt.“, teilt **Klaus-D. Klapproth, Verbandsgeschäftsführer des KAV Brandenburg** mit. „Wer einen Tarifvertrag kündigt, sollte wissen, was er damit bezwecken will.“

Frank Wruck, Verhandlungsführer für die Arbeitgeberseite, weist auf die schwierige Situation der Brandenburger Nahverkehrsunternehmen hin: „Wir wissen die Arbeit der Fahrerinnen und Fahrer und aller Beschäftigten in unseren Unternehmen unter den schwierigen Bedingungen der vergangenen Wochen zu schätzen. Aber wir müssen auch die schweren Verluste durch deutlich geringere Fahrgastzahlen und den weggefallenen Schülerverkehr in der Pandemie sehen. Die Milliardenlöcher in den kommunalen Haushalten können wir nicht einfach ignorieren. Für die Unternehmen ist die wirtschaftliche Lage trotz des Rettungsschirms ÖPNV dramatisch. Daher nutzt aufgeheizte Stimmung in den bevorstehenden Tarifverhandlungen gar nichts. Vielmehr muss mit kühlem Kopf wechselseitig nach einem fairen, tragfähigen Ausgleich der Interessen gesucht werden.“

Die Gewerkschaft ver.di hat in den zurückliegenden Monaten keinerlei Forderungen für Tarifverhandlungen erhoben und die Festlegung konkreter Verhandlungstermine abgelehnt, will nun aber die längst überfälligen Forderungen öffentlichkeitswirksam in einer Kundgebung überreichen. „Für eine solche rituelle Theatralik besteht keinerlei Veranlassung“, erklärt **Klapproth**, der darauf hinweist, dass man gegenüber ver.di keine Zweifel daran gelassen habe, ernsthaft in die Verhandlungen einzusteigen und im Interesse beiderseitiger Planungssicherheit einen zügigen Abschluss anzustreben. **Wruck** ergänzt, dass die Arbeitgeberseite angesichts von Entlassungen und Kurzarbeit in anderen Branchen erwarte, „dass die Arbeitnehmerseite auch die hohe Arbeitsplatzsicherheit bei ihren Erwartungen an die Tarifentwicklung wertschätzt.“

Der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) Brandenburg ist der Arbeitgeberverband für die Kommunen und kommunalen Unternehmen im Land Brandenburg und regelt die Arbeitsbedingungen für die kommunalen Beschäftigten. Der KAV Brandenburg schließt selbst oder im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) Tarifverträge. Mehr als 500 kommunale Arbeitgeber mit nahezu 80.000 Beschäftigten werden vom KAV Brandenburg vertreten.

Pressekontakt: Klaus-D. Klapproth, Telefon: (0331) 747180, E-Mail: klapproth@kav-brandenburg.de